

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/003/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 19.03.2004	Neues Rathaus, Konferenzraum I	15:00Uhr	16:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift Sitzung vom 23. 01. 2004 und a.o. Sitzung vom 24. 02. 2004
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Verwendung des Stadtwappens der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0132/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
 - 4.2 Änderungen zum Gesellschaftsvertrag der Magdeburger Hafengesellschaft mbH
Vorlage: DS0009/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung
- 5 Informationen
 - 5.1 Postzustellung
Vorlage: I0027/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

6 Anträge

6.1 Überarbeitung von Gesellschaftsverträgen

Vorlage: A0195/03

dazu Stellungnahme der Verwaltung S0003/04

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung

6.2 Ausgleich für eine Verringerung der kommunalen Einnahmen durch die Senkung der Einkommenssteuer

Vorlage: A0218/03

dazu Stellungnahme der Verwaltung S0023/04

BE: Bürgermeister

7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frithjof Berfelde

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadträtin Regina Frömert

Stadträtin Dagmar Huhn

Stadtrat Martin Kramer

Stadtrat Rainer Löhr

Stadträtin Dagmar Paasch

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Gerhard Unger

Stadtrat Claus-Dieter Wachowski

Stadtrat Alfred Westphal

Stadtrat Tobias Krull i.V. für SR Schwenke

Abwesend:

Stadtrat Wigbert Schwenke

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

Hinsichtlich der Nachfrage des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, zum Hintergrund der veränderten Reihenfolge der Tagesordnungspunkte verweist der Oberbürgermeister auf die hiermit gegebene Möglichkeit für die verantwortlichen Beigeordneten, ihre Tagesordnungspunkte im Block einbringen zu können. Sollte dies jedoch von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses nicht mehr gewünscht sein, wird zukünftig auf eine Veränderung der Reihenfolge verzichtet.

3. Genehmigung der Niederschrift Sitzung vom 23. 01. 2004 und a.o. Sitzung vom 24. 02. 2004

Bestätigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 23. 01. 2004

Auf Hinweis des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, ist auf Seite 3, 3. Absatz in der 2. Zeile **des Fixums** zu streichen.

Die in Bezug auf diesen Absatz gestellte Nachfrage von Stadtrat Stern wird im nichtöffentlichen Teil durch den Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herrn Dr. Puchta beantwortet.

Die so geänderte Niederschrift wird durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen **bestätigt**.

Bestätigung der Niederschrift der o.a. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24. 02. 2004

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen **bestätigt**.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Verwendung des Stadtwappens der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0132/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen einführenden Erläuterungen zur Drucksache informiert der Beigeordnete I Herr Platz über die Beratung zur Drucksache im Kommunal- und Rechtsausschuss. Zu der in diesem Ausschuss aufgeworfenen Frage hinsichtlich der Nutzung – analog zum Stadtwappen – der Ortsteilwappen führt er aus, dass hierzu ohne konkrete Anforderung kein Handlungsbedarf gesehen wird.

Im Ergebnis der aufgeworfenen Frage, die freigegebene Form des Stadtwappens unter Schutz zu stellen, wird diese Problematik als Prüfauftrag durch das Rechtsamt einer rechtlichen Prüfung unterzogen.

Da beabsichtigt ist, die modifizierte Form des Stadtwappens für die kostenlose Nutzung im Internet einzustellen, wird zukünftig keine gesonderte Antragstellung mehr erforderlich sein. Um einen größeren Aufwand in Vereinen und Verbänden zu vermeiden, wird für die einheitliche Nutzung eine Übergangsfrist eingeräumt.

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, ob auch die Nutzung dieses Stadtwappens seitens der Fraktionen möglich ist, führt der Beigeordnete I aus, dass die Fraktionen in den möglichen Nutzerkreis mit einbezogen sind. Die Nutzung ist generell für die freigegebene Wappenform möglich. Eine weitere Modifizierung speziell für eine Nutzung durch Fraktionen würde einen zu hohen Aufwand bedeuten.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0132/04 in seiner Sitzung am 13. 05. 2004 zu beschließen.

4.2. Änderungen zum Gesellschaftsvertrag der Magdeburger
Hafengesellschaft mbH
Vorlage: DS0009/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herr Dr. Puchta teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache geht der Beigeordnete Herr Dr. Puchta auf die Gründe für die vorgeschlagenen Änderungen ein:

Die Änderung im Beschlusspunkt 1 ergibt sich aus dem ergangenen Fördermittelbescheid, der verlangt, dass geförderte Unternehmen die möglichen Gewinne nicht an die Gesellschafter ausschütten, sondern zur Refinanzierung wieder in die Gesellschaft gibt.

Die Änderung im Beschlusspunkt 2 beruht auf dem Beschluss des Stadtrates zur Übertragung des Prüfrechtes auf den Landesrechnungshof. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Aufhebung des § 132 GO LSA auf Grund des Inkrafttretens des 2. Investitionserleichterungsgesetzes und die damit erforderlich Streichung des 2. Halbsatzes der vorgeschlagenen Änderung im § 10, Abs 5, Satz 2 des Gesellschaftsvertrages.

Hinweis:

Durch Amt 13 wird die entsprechende Änderung der Drucksache vorgenommen und ein Austauschblatt an die Stadträtinnen und Stadträte ausgereicht.

Im Weiteren verweist er hinsichtlich der Änderungen der Beschlusspunkte 3 und 4 auf die diesbezüglichen Diskussionen im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsvertrag der Messengesellschaft.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, Bezug auf den Beschlusspunkt 1 der Drucksache und hinterfragt eine mögliche Befristung der Versagung einer möglichen Gewinnausschüttung.

Hierzu führt der Beigeordnete Herr Dr. Puchta aus, dass jederzeit eine Veränderung vorgenommen werden kann, wenn die Bindungszeit des Fördermittelbescheides abgelaufen ist. Eine diesbezügliche Regelung über den Gesellschaftsvertrag ist nicht möglich.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, merkt kritisch an, dass auf Grund der Diskussionen zum Gesellschaftsvertrag der Messengesellschaft der Gesellschaftsvertrag Hafen innerhalb eines Jahres wieder geändert wird. Er legt seine Auffassung dar, dass es für eine rechtzeitige Ausräumung möglicher rechtlicher Probleme ratsam wäre, das Rechtsamt der Landeshauptstadt Magdeburg in die Problematik Gesellschaftsverträge einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister bezeichnet die kritische Äußerung des Stadtrates Stern als berechtigt und sagt die Beteiligung des Rechtsamtes zu.

Auf Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, stellt der Oberbürgermeister die einzelnen Beschlusspunkte der Drucksache zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat den *Beschlusspunkt 1* der Drucksache zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat den *Beschlusspunkt 2* der Drucksache zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat den *Beschlusspunkt 3* der Drucksache zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat den *Beschlusspunkt 4* der Drucksache zu beschließen.

5. Informationen

5.1. Postzustellung Vorlage: I0027/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert über das Vorliegen eines Angebotes eines privaten Zustellers bezüglich der Wahlbenachrichtigungen. Die Zustellungskosten des Anbieters liegen 40 % unter den Kosten für die Zustellung durch die Deutsche Post. Im Ergebnis der Prüfung von Qualität und Zuverlässigkeit des Unternehmens wird die Annahme des Angebotes befürwortet.

Zum Hinweis von Stadtrat Berfelde, PDS-Fraktion, dass auch weiterhin Einladungen aus Kultur-einrichtungen mehrfach versandt werden führt der Oberbürgermeister aus, in seiner Dienstbe-ratung mit den Beigeordneten am 23. 03. 2004 eine entsprechende Festlegung dahingehend zu treffen, dass diese Einladungen an die Stadträte generell über die Fraktionen zu leiten sind.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, nimmt Bezug auf bestimmte Verfahren der Deutschen Post z.B. hinsichtlich der Zustellung von Einschreiben bzw. Urkunden und hinterfragt die erforderliche Gewährleistung seitens des privaten Anbieters.

Hierzu verweist der Beigeordnete I auf die hervorragenden Referenzen aus anderen Städten bezüglich der Zuverlässigkeit des Unternehmens. Gleichfalls wird zur Klärung möglicher Fragen hinsichtlich der Gewährleistung das vorliegende Angebot mit dem Leiter des Amtes 12 in seiner Funktion als stellv. Wahlleiter abgestimmt.

Zur Frage von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, zum Vorliegen der in der Information aufgeführten Analyse der Deutschen Post führt der Beigeordnete I Herr Platz aus, dass diese Analyse den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Information wird durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

6. Anträge

6.1. Überarbeitung von Gesellschaftsverträgen Vorlage: A0195/03

dazu Stellungnahme der Verwaltung S0003/03

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herr Dr. Puchta teil.

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Dr. Puchta darauf, dass seitens der Stadt Magdeburg eine Einflussnahme auf die im Antrag angesprochenen Tochterunternehmen nicht möglich sei, da sie nicht Gesellschafter sind. Seitens des Beteiligungsmanagements wurde in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegt, dass erforderliche Änderungen bzw. Anpassungen von Gesellschaftsverträgen nur per Aufsichtsratsbeschluss vorgenommen werden können.

Um dem Antrag der SPD-Fraktion Rechnung tragen zu können, ist in der Stellungnahme der Verwaltung ein entsprechender Beschlussvorschlag für den Stadtrat formuliert.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen zu, diesen Beschlussvorschlag:

„Die Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in den Gesellschafterversammlungen von MVB, WOBAU und SWM werden angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass eine Synchronisierung und ggf. Änderung und Anpassung der Gesellschaftsverträge der Tochterunternehmen von MVB, WOBAU und SWM an die Gesellschaftsverträge von MVB, WOBAU und SWM zeitnah erfolgt und haben sicherzustellen, dass eine Umsetzung durch die Geschäftsführungen von MVB, WOBAU und SWM als Gesellschaftervertreter in ihren jeweiligen Tochterunternehmen erfolgt“

als Änderungsantrag des Verwaltungsausschusses zum A0195/03 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Verwaltungsausschuss **empfiehlt** mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0195/03 unter Beachtung des Änderungsantrages des Verwaltungsausschusses in seiner Sitzung am 15. 04. 2003 zu beschließen.

6.2. Ausgleich für eine Verringerung der kommunalen Einnahmen
 durch die Senkung der Einkommenssteuer
 Vorlage: A0218/03

dazu Stellungnahme der Verwaltung S0023/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches Finanzservice (FB02) Herr Zimmermann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Leiter des FB02 darauf, dass eine konkrete Aussage zu den Auswirkungen der Senkung der Einkommenssteuer speziell für die Stadt Magdeburg nicht machbar ist, da hierfür statistische Angaben erforderlich sind, die bundesweit eine Rolle spielen und nur geschätzte Werte ermöglichen.

Ergänzend legt der Oberbürgermeister dar, dass im Ergebnis der Steuerreform in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die Kommunen zur Verfügung stehen werden. Die Gewerbesteuerumlage ist hierbei jedoch nur ein kleiner Betrag für die Stadt Magdeburg. Lediglich Städte mit einem hohen Gewerbeaufkommen können hier größere Einnahmen erzielen.

Stadtrat Westphal, Grüne/future, bezweifelt die Aussage, dass keine konkreten Angaben für die Stadt Magdeburg ermittelt werden können.

Hierzu legt der Leiter des FB02 nochmals dar, dass zunächst nur Schätzungen möglich sind. Grundsätzliche Aussagen sind möglich, aber keine Aussagen zu realen Zahlen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, merkt kritisch an, dass die wirtschaftliche Situation (Schließung vieler Gewerbebetriebe) in Magdeburg nicht berücksichtigt wurde und regt eine Berechnung der hierdurch entstehenden Ausfälle an. Er kann der Formulierung der Stellungnahme nicht zustimmen und legt dar, dass die Zahlenwerte verdeutlichen sollten, wie sich die weitere Entwicklung darstellt.

Stadtrat Unger, SPD-Fraktion, erklärt als Einbringer des Antrages, dass mit der vorgelegten Stellungnahme der Antrag als erledigt betrachtet wird, da sich die Situation für die Stadt Magdeburg nicht so dramatisch darstellt, wie seitens des Deutschen Städtetages die Auswirkungen für die Kommunen geschildert wurden.

7. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in